

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 31.10.2019
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:30 Uhr
Ort, Raum: Stadthalle, Konferenzraum 2, Wittastr. 5, 36251 Bad Hersfeld

Anwesend:

Mitglieder

Herr Bernd Böhle
Frau Silvia Schoenemann
Herr Carsten Lenz bis TOP 10
Herr Andreas Rey
Herr Jürgen Richter
Herr Hans-Jürgen Schülbe
Herr Karsten Vollmar
Herr Bernd Wennemuth
Frau Andrea Zietz

von der Stadtverordnetenversammlung

Herr Lothar Seitz
Herr Michael Barth

vom Magistrat

Herr Thomas Fehling bis TOP 3
Herr Gunter Grimm ab TOP 3

Schriftführer

Herr Rudolf Dahinten

von der Verwaltung

Herr Martin Bode zu TOP 4, 5 und 6 (Projektleiter)
Herr Meik Ebert
Herr Wilfried Herzberg zu TOP 2 und 3
Frau Andrea Jung
Frau Tina Opaterni zu TOP 6
Thorsten Schneider
Herr Christian Scholz zu TOP 6 (Projektleiter)
Frau Sabine Stache zu TOP 6 (Projektleiterin)
Herr Martin Steimar zu TOP 7
Herr Johannes van Horrick zu TOP 6 (Projektleiter), 9 und 10
Herr Torsten Wiegand zu TOP 6 (Projektleiter)

Tagesordnung:

- 1. Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**
- 2. Bericht über die Haushaltsentwicklung**
- 3. Unterrichtung über den Stand des Haushaltsvollzugs 2019 gemäß § 28 GemHVO**
1267/19
- 4. Jahresabschluss des Abwasserbetriebes zum 31.12.2018**
1249/19
- 5. Pflichtprüfung des Jahresabschlusses für das Wirtschaftsjahr 2019 des Eigenbetriebes Abwasser**
1265/19
- 6. Projektstatusberichte Stand Oktober 2019**
1259/19
- 7. Verschiedene Lösungsansätze Kameraüberwachung im Stiftsbezirk**
1237/19
- 8. Einführung von Kennzahlen für die Produkte des städtischen Haushalts**
1250/19
- 9. Beschlussvorschlag Baulandoffensive Phase II „Gebietsentwicklung“ für das Projekt Wever**
1251/19
- 10. Antrag der Fraktion Unabhängige Bürger Bad Hersfeld (U.B.H.) betreffend Straßenbeiträge abschaffen**
1029/19
- 10.1. Prüfungsauftrag an den Magistrat**
- 11. Verschiedenes**
- 11.1. Mobilfunkmast in Stadtteil Heenes**

zu 1 Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses, Stadtverordneter Böhle, eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

Er stellt die Beschlussfähigkeit des heute tagenden Haupt- und Finanzausschusses fest.

Einwendungen zur Tagesordnung werden seitens der Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses nicht vorgetragen.

Herr Böhle teilt mit, dass sich die Arbeitsgruppe Ziele und Kennzahlen am 22.11.2019 um 16.00 Uhr trifft.

Für die Haushaltsberatungen wird die Frist für die Einreichung von Anträgen zum Haushalt 2020 auf den 24.11.2019 24.00 Uhr gesetzt. Die Anträge sind per E-Mail an Herrn Herzberg zu senden.

Bürgermeister Fehling hat um 18.00 Uhr einen dringenden Termin, er wird daher die Sitzung rechtzeitig verlassen, Erster Stadtrat Grimm wird dann den Magistrat vertreten.

zu 2 Bericht über die Haushaltsentwicklung

Herr Herzberg erläutert die Haushaltssituation, der Haushaltsausgleich für das Jahr 2019 ist auch durch die aufgezeigten Risiken nicht gefährdet. Man rechne sogar mit einem leichten Überschuss, der dann zum Aufbau der gesetzlich geforderten Liquiditätsreserve verwendet werden muss. Diese muss im Haushalt 2020 vollständig dargestellt werden.

Herr Böhle fragt nach, warum sich die Mehrkosten der Festspiele im Vergleich zur letzten Risikobewertung auf 480.430 Euro erhöht haben.

Frau Jung erläutert, dass erst jetzt die Höhe der Personalkosten fest stehe, da noch im erheblichen Umfang Urlaubs- und Überstundenabgeltungen geleistet werden mussten. Zudem habe man auch in diesem Jahr wieder krankheitsbedingte Ausfälle gehabt, welche umgehend wiederbesetzt werden mussten. Durch die nicht Wiederaufnahme von „Funny girl“ müssten zudem 150.000 Euro an Abschreibungen auf dieses Jahr vorgezogen werden, welches das Defizit weiter erhöhe. Von Seiten der Festspielverwaltung habe man grundsätzlich Bedenken gegen die mehrjährige Abschreibung der Produktionskosten, da man keine mehrjährige Stückplanung habe und von daher solche vorgezogenen Abschreibungen nicht zu erwirtschaften seien. Auf die Kritik aus den Reihen der Ausschussmitglieder erläutert Frau Jung, dass grundsätzlich ein Risikopuffer von 10 Prozent bei den Personalkosten notwendig wäre, dieser sich jedoch aufgrund der Mittelknappheit nicht darstellen lasse.

Beschluss:

zur Kenntnis genommen

**zu 3 Unterrichtung über den Stand des Haushaltsvollzugs 2019 gemäß §
28 GemHVO
1267/19**

Beschluss:

Der Finanz- und Risikobericht zum 09.10. bzw. 30.09.2019 werden zur Kenntnis genommen.

zur Kenntnis genommen

**zu 4 Jahresabschluss des Abwasserbetriebes zum 31.12.2018
1249/19**

Beschluss:

Dem Jahresabschluss und dem Jahresergebnis wird gemäß § 7 Abs. 3 Ziffer 5 und § 27 Eigenbetriebsgesetz zugestimmt.

Gemäß § 5 Ziffer 11 und § 27 Eigenbetriebsgesetz wird der Jahresabschluss zum 31.12.2018 gestellt. Der Jahresgewinn 2018 wird in Höhe von 1.527.627,29 EUR der Rücklage zugeführt.

einstimmig beschlossen

**zu 5 Pflichtprüfung des Jahresabschlusses für das Wirtschaftsjahr 2019
des Eigenbetriebes Abwasser
1265/19**

Beschluss:

Die Pflichtprüfung für das Wirtschaftsjahr 2019 wird der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Prof. Dr. Ludewig u. Partner GmbH, Friedrichsstraße 11, 34117 Kassel, übertragen.

einstimmig beschlossen

**zu 6 Projektstatusberichte Stand Oktober 2019
1259/19**

Herr Wiegand stellt den Sachstand zum Multifunktionsgebäude der Festspiele dar. Es wurde eine Kostenschätzung auf Grundlage des von der Festspielverwaltung vorgelegten Raumprogramms erstellt. Dieser weist eine Bausumme von 7.647.201,02 Euro aus. Dieser Betrag liegt deutlich über den 5.100.000 Euro, welche die Stadtverordnetenversammlung freigegeben haben. Es bestehe nunmehr Handlungsbedarf, die Finanzierung dieser Mehrkosten darzustellen. Erst danach könnte das Beantragungsverfahren beim Bund weitergeführt werden.

Auf die Nachfrage, welche Kosten entstehen, wenn man auf die Probenbühne verzichten sollte, wird von Herrn Wiegand die Bausumme von 5.744.000 Euro genannt.

Herr Wennemuth stellt fest, dass der Auftrag der Stadtverordnetenversammlung nicht ausgeführt wird, es wäre klar beschlossen, ein Gebäude für die Gesamtsumme von 5.100.000 Euro zu planen und zu errichten. Er regt an, die Angelegenheit im Aufsichtsrat der Wirtschaftsbetriebe zu diskutieren, da die Stadtverordnetenversammlung diese Aufgabe dorthin übertragen habe.

Der Ausschuss stellt einvernehmlich fest, dass man zügig handeln müsse, um die bereits seit längerer Zeit bereitliegenden Fördermittel des Bundes nicht auf Spiel zu setzen.

Beschluss:

Von den Statusberichten u.a. der Hessentagsprojekte Stand: Oktober 2019 wird Kenntnis genommen.

zur Kenntnis genommen

zu 7 Verschiedene Lösungsansätze Kameraüberwachung im Stiftsbezirk 1237/19

Herr Steimar erläutert, dass sichergestellt ist, dass nur die Polizei auf die Kameradaten zugreifen könne, diese werden über das IT-Zentrum Am Treppchen über eine gesicherte Leitung die Daten in ihre Einsatzzentrale übertragen.

Die Anlage würde zudem nur gestartet, wenn eine entsprechende Anforderung der Polizei vorliege. Zudem könne er sich vorstellen, dass mit der Verlegung des Weinfestes in den Stiftsbezirk auch zu diesem Anlass eine Anfrage der Polizei kommen werde.

Auf Nachfrage von Frau Zietz wird festgestellt, dass mit der Abdeckung der Kameras keine Neujustierung der Kameras bei der Wiederinbetriebnahme erfolgt.

Beschluss:

Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 29.08.2019 wird abgeändert. Es werden 5 undurchsichtige Schutzverblendungen, die vor die Videokameras montiert werden, beschafft. Diese undurchsichtigen Schutzverblendungen können bei Bedarf der Polizei kostengünstig durch die vorhandenen transparenten Schutzverblendungen getauscht werden.

mehrheitlich beschlossen

Beschlossen mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion, der UBH-Fraktion und der FWG-Fraktion bei Gegenstimme der Grüne/NBL-Fraktion.

**zu 8 Einführung von Kennzahlen für die Produkte des städtischen Haushalts
1250/19**

Beschluss:

Von dem Bericht des Fachbereiches Ziel- und Kennzahlenmanagement wird Kenntnis genommen.

zur Kenntnis genommen

**zu 9 Beschlussvorschlag Baulandoffensive Phase II „Gebietsentwicklung“
für das Projekt Wever
1251/19**

Beschluss:

Am Interessenbekundungsverfahren der Baulandoffensive Hessen GmbH in der Phase II „Gebietsentwicklung“ wird teilgenommen.

einstimmig beschlossen

**zu 10 Antrag der Fraktion Unabhängige Bürger Bad Hersfeld (U.B.H.) betreffend Straßenbeiträge abschaffen
1029/19**

Herr Bode erläutert anhand von ausgewählten Straßen die Finanzierung der grundhaften Erneuerung. Während die zugrunde gelegten Massen bereits jetzt gut ermittelt werden konnten, fehlen entsprechende Baugrunduntersuchungen, so dass hier Erfahrungswerte angenommen werden mussten.

Aufgrund einer Abfrage bei den Versorgungsunternehmen konnte eine überschlägige Planung für die ausgewählten Straßen vorgenommen werden, ob diese Unternehmen tatsächlich dort Arbeiten parallel zum grundhaften Ausbau durchführen, ist noch nicht gesichert.

Bei den ermittelten Kosten handelt es sich um Schätzungen aufgrund der Einheitspreise aktueller Baumaßnahmen, wie sich die Preise über den Planungshorizont von 5 Jahren entwickeln kann, nicht vorhergesagt werden.

Zudem wurden die Umlagesätze nach dem KAG zunächst nur angenommen, eine verbindliche Festlegung erfolgt durch den Fachbereich Technische Verwaltung.

Es handelt sich daher nur um Orientierungsdaten, um die politische Diskussion zu unterstützen.

Er hält es für realistisch, diese 6 Straßen in den nächsten 5 Jahren tatsächlich grundhaft zu erneuern. Aufgrund seiner Marktkenntnis hält er größere Bauvolumen nicht zu auskömmlichen Preisen am Markt umsetzbar.

Der Ausschuss dankt Herrn Bode für die umfangreichen Ausführungen. Somit wären nach dieser Schätzung in den nächsten 5 Jahren 2.600.000 Euro an Anliegerbei-

trägen gegen zu finanzieren, wenn man diese Beiträge abschafft. Somit müsse man mit dauerhaft jährlich 500.000 Euro Mehrbedarf im Finanzhaushalt rechnen. Daneben sind jedoch auch die notwendigen Eigenmittel von 1.451.000 Euro bereitzustellen, mithin 300.000 Euro jährlich. Somit betragen die dauerhaften Kosten für eine kontinuierliche Grunderneuerung ca. 800.000 bis 1.000.000 Euro jährlich. Aufgrund des vorliegenden Straßenzustandsberichtes sind ca. 70 Prozent der gemeindeeigenen Straßen mittelfristig zu erneuern.

Der Ausschuss erteilt dem Magistrat den Auftrag, diese Sicht der Bürgerinitiative rechtlich zu prüfen und dem Ausschuss das Ergebnis vorzulegen. Aufgrund der unterschiedlichen Äußerungen der verschiedenen Beteiligten bestehe hier Klärungsbedarf. (siehe eingefügten TOP 10.1)

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschliessen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. Alle Vorarbeiten umgehend vorzunehmen mit dem Ziel, dass keine Strassenbeiträge mehr innerhalb Bad Hersfelds erhoben werden können (= Aufhebungssatzung zur Strassenbeitragssatzung vom 13.12.2013)
2. Die Vorarbeiten sind den zuständigen Ausschüssen und der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen
3. Im Sinne der Resolution der Bürgermeister des Landkreises Hersfeld-Rotenburg die Landesregierung aufzufordern, dass das wohlhabende Land die diesbezüglichen Kosten übernimmt und diese nicht den Kommunen aufbürdet.
4. Lösungsvorschläge zu erarbeiten, damit die Betroffenen, die bereits in den letzten Jahren Strassenbeiträge leisten mussten, zum Teil mit existenzieller Belastung, einen Ausgleich erhalten; und zwar rückwirkend bis zum 1.6.2018.

verschoben in nächste Sitzung zur weiteren Erörterung

zu 10.1 Prüfungsauftrag an den Magistrat

Dem Sprecher der Bürgerinitiative, Herrn Deiseroth, wird das Wort erteilt. Dieser bedankt sich für die Gelegenheit, die Sicht der Anwohner einzubringen. Er bedauert, dass von Seiten des Landes keine entsprechenden Mittel zur Gegenfinanzierung bereit gestellt werden, er weist jedoch darauf hin, dass das Land umfangreiche Mittel für die Kinderbetreuung bereitgestellt habe, um die Kommunen zu entlasten, aus

Sicht der BI wären somit freie Mittel vorhanden, um diese für die Entlastung der Bürger einzusetzen.

Er erläutert zudem die Sichtweise der BI, dass für die entgangenen Anliegerbeiträge die Kommune Kredite aufnehmen dürfe und somit der Haushalt entlastet werde. Dies wäre sicherlich wirtschaftlicher, als die neu geschaffene Möglichkeit der Ratenzahlung mit derzeit 0,12 Zinsen p.a..

Beschluss:

Der Ausschuss erteilt dem Magistrat den Auftrag diese Sicht der Bürgerinitiative rechtlich zu prüfen und dem Ausschuss das Ergebnis vorzulegen. Aufgrund der unterschiedlichen Äußerungen der verschiedenen Beteiligten bestehe hier Klärungsbedarf.

einstimmig beschlossen

zu 11 Verschiedenes

zu 11.1 Mobilfunkmast in Stadtteil Heenes

Erster Stadtrat Grimm berichtet, dass im Stadtteil Heenes mit dem Bau eines Mobilfunkmastes begonnen wurde, obwohl noch keine Baugenehmigung vorliegt. Derzeit behelfe sich der Mobilfunkbetreiber mit einem zulassungsfreien mobilen Mast. Aus Sicht der Anwohner wird die Errichtung einer festen Mobilfunkanlage abgelehnt.

gez. Bernd Böhle
Vorsitzender

gez. Rudolf Dahinten
Protokollführer